

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.02.2021
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Bestellung eines Schriftführers sowie eines Stellvertreters	4
2 Verpflichtung der Ausschussmitglieder	4
3 Wahl der Vorsitzenden / des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses der Stadt Meerbusch und ihres / seines Stellvertreters	4
4 Einwohnerfragestunde	5
5 Interessenbekundungsverfahren zur Bestimmung eines Trägers für die Kindertageseinrichtung Lötterfeld Vorlage: FB2/0441/2021	5
6 Übernahme eines Trägeranteils für den Betrieb der Kindertageseinrichtung Farbenland, Pfarrstraße 10 in Meerbusch-Lank Vorlage: FB2/1292/2021	6
7 Einführung einer dritten Qualifikationsstufe in der Kindertagespflege Vorlage: FB2/0440/2021	6
8 Haushaltsberatung 2021	7
9 Anträge	12
10 Anfragen	12
10.1 Anfrage von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aufstiegsbonus Fachkräfteoffensive	12
10.2 Anfrage der SPD-Fraktion: Jugendforum	12
11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	12
12 Termin der nächsten Sitzung: 03. März 2021	12
13 Verschiedenes	12

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Ende der Sitzung: 15:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Fabian Hasebrink Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Monika Driesel Ratsmitglied

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

Personen, die von Wohlfahrts- od. Jugendverbänden od. gleichgestellten Organisationen vorgeschlagen sind

Frau Ilona Appel Ratsmitglied

Frau Friederike Böcker-Lehmhaus NABU Naturschutzbund -
Kreisverband Neuss

Herr Christian Bößen Förderkreis Lanker Pfadfinder
e.V.

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Frau Angelika Schumann Tagesmütter e.V.

Beratende Mitglieder

Frau Martina Ketzer Evangelische Kirchengemeinde

Frau Katrin Kreuzer Stadtjugendring

Frau Carolin Kroll-Schlüter Landgericht Düsseldorf Famili- bis 14.15 Uhr
engericht

Frau Cordula Steuten Jugendamtselternbeirat

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Frau Birgit Smitmans Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Angela Römmler-Graf Fachbereich 2

es fehlen:

Personen, die von Wohlfahrts- od. Jugendverbänden od. gleichgestellten Organisationen vorgeschlagen sind

Herr Jürgen Eimer

AWO Rhein-Kreis Neuss

Beratende Mitglieder

Frau Michaela Danker

Stadtjugendring

Herr Stephan Engel

Polizeibehörde

Herr Philipp Scharner

Agentur für Arbeit Mönchengladbach

Herr Wolfgang Witsch

Bezirksreg. Düsseldorf, Dez. 47
- Schule

Vor Eintritt in die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung begrüßt die bis zur Neuwahl des Ausschussvorsitzes noch im Amt befindliche Vorsitzende der vergangenen Wahlperiode Schoppe die Anwesenden. Sie leitet die Sitzung in dieser Funktion bis TOP 2.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Sodann gibt Erster Beigeordneter Maatz einen Hinweis zur gesetzlich vorgesehenen persönlichen Vertretung im Jugendhilfeausschuss. Wie schon in der Beratungsvorlage zur konstituierenden Ratsitzung am 24.11.2020 dargelegt, sei gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 AG-KJHG für jedes stimmberechtigte Mitglied eine persönliche Vertretung zu wählen. Aus dem Erfordernis der persönlichen Vertretung folge, dass bei gleichzeitiger Verhinderung des Mitgliedes und der Stellvertretung der betreffende Platz im JHA unbesetzt bleibe. Die in der konstituierenden Ratssitzung vereinzelt dennoch benannten zweiten Vertreter seien daher zur Vertretung nicht berechtigt.

Der Hinweis wird im Ergebnis zur Kenntnis genommen, wobei künftig eine frühzeitigere Information gefordert wird.

Öffentliche Sitzung

1 Bestellung eines Schriftführers sowie eines Stellvertreters

Auf Vorschlag der Verwaltung werden einvernehmlich Frau Angela Römmler-Graf zur Schriftführerin und Frau Michaela Kümmel zur stellvertretenden Schriftführerin bestellt.

2 Verpflichtung der Ausschussmitglieder

Die nachfolgend aufgeführten Ausschussmitglieder unter Einbeziehung anwesender Vertreter werden von der Vorsitzenden Schoppe in ihr Amt eingeführt und durch Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet:

Frau Böcker-Lehmhaus
Herr Christian Bößen
Frau Martina Ketzer
Frau Katharina Kreuzer
Richterin Carolin Kroll-Schlüter
Richterin Annette Pixa
Frau Angelika Schumann
Frau Cordula Steuten

3 Wahl der Vorsitzenden / des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses der Stadt Meerbusch und ihres / seines Stellvertreters

Beschluss:

Ratsfrau Schoppe wird zur Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses der Stadt Meerbusch gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Ratsherr Fliege wird zum stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses der Stadt Meerbusch gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Unter dem Vorsitz des Ersten Beigeordneten Maatz erfolgt auf Vorschlag von Ratsherrn Wartchow die Wahl der Vorsitzenden und auf Vorschlag von Ratsfrau Diesel die Wahl des Stellvertreters in getrennten Wahlgängen.

Im Anschluss dankt die neue Vorsitzende Schoppe für das erneut ausgesprochene Vertrauen und bringt ihre Hoffnung auf weitere gute Zusammenarbeit zum Wohle der Kinder und Jugendlichen in Meerbusch zum Ausdruck.

4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

**5 Interessenbekundungsverfahren zur Bestimmung eines Trägers für die Kindertageseinrichtung Lötterfeld
Vorlage: FB2/0441/2021**

Erster Beigeordneter Maatz berichtet kurz zum Interessenbekundungsverfahren und kündigt für die nächste Sitzung am 03.03.2021 die entsprechende Beschlussvorlage zur Entscheidung über die Trägerschaft für die 6-gruppige Einrichtung Lötterfeld an.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Fliege ergänzt Erster Beigeordneter Maatz, dass die schriftliche Äußerung des Trägers zur Übernahme des Trägeranteils Bestandteil des Interessenbekundungsverfahrens sei. Die Bestätigung des Trägers Step Kids zur Übernahme des Trägeranteils liege vor; wie bei anderen Trägern auch sei aber ein Mietkostenzuschuss erforderlich. Insgesamt bewerte die Verwaltung dieses Angebot positiv.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Jörgens berichtet Erster Beigeordneter Maatz, dass nach seiner Kenntnis keine Bewerbung des Trägers Maxi-Mo vorliege. Allerdings sei dieser Träger aktuell mangels Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe nicht zur Abgabe von Bewerbungen berechtigt. Dazu sei man jedoch bereits in Kontakt.

Sachkundige Bürgerin Böcker-Lehmhaus stellt fest, dass ihr die Berücksichtigung pädagogischer Qualitätskriterien zu gering erscheine. Fachbereichsleiter Annacker erläutert, dass der LVR als Aufsichtsbehörde und das KiBiz eine Vielzahl von verpflichtend zu prüfenden Vorgaben mache. Aber auch die pädagogischen Konzepte seien abgefragt und bewertet worden. In der Beschlussvorlage zur Sitzung am 03.03.2021 seien die Konzepte dargestellt. Alle Konzepte seien gleichwertig gut, so dass letztlich finanzielle Erwägungen den Ausschlag für die Vergabe der Trägerschaft gäben.

Die Informationsvorlage wird im Übrigen zur Kenntnis genommen.

6 Übernahme eines Trägeranteils für den Betrieb der Kindertageseinrichtung Farbenland, Pfarrstraße 10 in Meerbusch-Lank
Vorlage: FB2/1292/2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die Vereinbarung mit der Lebenshilfe Neuss gGmbH über die freiwillige Bezuschussung der Kindertageseinrichtung Farbenland anzupassen und den Zuschuss von aktuell 4% auf zukünftig 5,8 % des gesetzlichen Trägeranteils zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz erläutert kurz die Gründe der Vorlage. Aufgrund geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen sei der Träger nicht mehr in der Lage, den bisherigen Trägeranteil zu übernehmen. Um die Trägerschaft nicht zu gefährden und damit die Trägervielfalt zu erhalten, spreche sich die Verwaltung dafür aus, dem Antrag der Lebenshilfe Neuss gGmbH zu entsprechen. Die zusätzlichen Mittel seien ggf. in die Veränderungsliste zur Haushaltsberatung aufzunehmen.

Ratsherr Neuhausen äußert seine Verärgerung zu diesem, sich immer wiederholenden Vorgehen. Im Interessenbekundungsverfahren erklärten sich die Träger zur Übernahme der gesetzlichen Trägeranteile bereit, um dann nach einigen Jahren die Übernahme durch die Stadt zu beantragen. Notgedrungen werde zugestimmt, dennoch sei dies ein Ärgernis.

Im Ergebnis wird dem Beschlussvorschlag einvernehmlich zugestimmt.

7 Einführung einer dritten Qualifikationsstufe in der Kindertagespflege
Vorlage: FB2/0440/2021

Vor Beginn der Beratung weist Erster Beigeordneter Maatz auf die Regelungen der GO NRW zur Befangenheit von Ausschussmitgliedern hin. Gemäß § 31 GO NRW sei von der Mitwirkung an Entscheidungen ausgeschlossen, wer durch die Entscheidung einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil erfahren könne.

Die Stellungnahme des Vereins Tagesmütter e.V. Meerbusch, unterzeichnet von der Vorsitzenden Frau Schumann, sei aufgrund der gegebenen Befangenheit nicht zu den Sitzungsunterlagen genommen worden.

Nach intensiver, teils kontroverser Diskussion und einer von Ratsherrn Mocka beantragten Sitzungsunterbrechung erklärt sich sachkundige Bürgerin Schumann zu TOP 7 für befangen und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Mocka, wie künftig die Stellungnahme von Verbänden/Vereinen etc. gewährleistet werden könne, erläutert Erster Beigeordneter Maatz nochmals, dass die unmittelbare Betroffenheit das entscheidende Kriterium sei. Beschlüsse, die unter Mitwirkung eines Ausschussmitgliedes zustande kämen, welches sich nicht für befangen erklärt habe, seien in der Rechtsfolge möglicherweise rechtswidrig.

In die Diskussion über die Informationsvorlage wird der zum Haushalt 2021 gestellte Antrag von Bündnis90/DIE GRÜNEN auf Einführung einer dritten Vergütungsstufe für Tagespflegepersonen einbezogen. Die Protokollierung erfolgt unter TOP 8 - 060 361 010 / 5331 0000.

8 Haushaltsberatung 2021

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2021 für den Produktbereich 060 / Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Seite 399 - 462) einschließlich dem Produkt 050 341 010 / Unterhaltsvorschuss (Seite 387 – 391) und der Veränderungsliste sowie – soweit betroffen – 010 111 080 / Serviceleistungen Baubetriebshof und 010 111 140 / Technisches Gebäudemanagement zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	4		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
SPD			1
FDP	1		
UWG/Freie Wähler	1		
Personen, die von Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind			
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	5		
Gesamt:	13		1

Die Beratung des Haushaltsentwurfs 2021 erfolgt in der Reihenfolge des Produkthaushaltes anhand der vorliegenden Änderungsanträge der Fraktionen. Die Abstimmung über die Anträge erfolgt beim jeweiligen Produkt. Im Übrigen besteht kein Beratungsbedarf.

Produkt 060 361 010 Förderung von Kindern in Kindertagespflege

Seite 405 bis 410

a)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 361 010 / 4321 2000 – Kostenbeiträge bei Tagespflege / Erhöhung der Beitragsstufe 1 auf 40.000 €

In die Beratung werden folgende Anträge einbezogen:

Antrag der SPD-Fraktion zu 060 365 010 / 4321 1000 – Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen / Erhöhung der Beitragsstufe 1 auf 60.000 €

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 365 010 / 4321 1000 – Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen / Erhöhung der Beitragsstufe 1 auf 40.000 €

Die Anträge werden einvernehmlich zurückgezogen mit dem Ziel, einen gemeinsamen Vorschlag aller Fraktionen zu erarbeiten und in der Sitzung am 08.06.2021 eine überarbeitete Elternbeitragstabelle zum Kindergartenjahr 2021/2022 zu beschließen.

b)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 361 010 / 5331 0000 – Soziale Leistungen an nat. Personen / Einführung einer 3. Qualifikationsstufe für Kindertagespflege

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		4	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
SPD	1		
FDP		1	
UWG/Freie Wähler	1		
Personen, die von Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind			
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	1	3	
Gesamt:	5	8	1

Die Beratung erfolgte bereits im Zusammenhang mit der Informationsvorlage TOP 7. Aufgrund der erforderlichen Beschlussfassung zum Änderungsantrag von Bündnis90/DIE GRÜNEN erfolgt die Protokollierung im Rahmen der Haushaltsberatung.

Einleitend verweist Erster Beigeordneter Maatz auf die ausführliche Informationsvorlage. Die Verwaltung stehe der Einführung einer 3. Vergütungsstufe nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, gebe jedoch einige Punkte zu bedenken. So gelte der Grundsatz, dass in der Kindertagespflege eine Leistung mit der erforderlichen Qualifikation von 160 Stunden entsprechend dem DJI-Curriculum beauftragt werde. Diese ermögliche die Betreuung von bis zu 5 Kindern, womit die Tagespflegeperson bereits jetzt ein Einkommen analog einer Erzieherin in Stufe 5 8 Stufe 4 mit 8-jähriger Tätigkeit erzielen könne. Eine Besserstellung der Kindertagespflege sei hier schwer zu vermitteln, zudem gebe es Bedenken, dass die dringend benötigten Fachkräfte aus Einrichtungen in die Kindertagespflege abwandern könnten. Eine gesonderte Betrachtung von Randzeitenbetreuung oder bei Inklusionsbedarf stehe dem nicht entgegen.

Ratsherr Fliege hält die Schaffung von Anreizen zur Stärkung der Kindertagespflege für unerlässlich. Die bereits Tätigen sollten sich weiterqualifizieren können, Qualifizierte sollten sich angesprochen fühlen. Über 1/3 der Kinder unter 3 Jahren würde in Tagespflege betreut; auch während der Pandemie befänden sich bis zu 70% der Kinder in Betreuung. Jeder U3-Platz in der Kindertagespflege mache einen Kita-Platz überflüssig, so dass mehr in Menschen als in Steine investiert werden sollte.

Ratsherr Neuhausen schließt sich den Ausführungen an und unterstützt den Antrag vorbehaltlos.

Ratsherr Wartchow kann dem Antrag nicht folgen; er verweist auf die in der Informationsvorlage dargelegten finanziellen Folgen und die Argumente der Verwaltung.

Ratsfrau Glasmacher unterstützt die Ausführungen von Ratsherrn Fliege und die Einführung einer 3. Qualifikationsstufe als Ausdruck der Wertschätzung der Kindertagespflege.

Ratsherr Jörgens unterstützt das grundsätzliche Ziel, die Arbeit der Kindertagespflege wertzuschätzen und angemessen zu bezahlen. Dem vorliegenden Antrag könne er jedoch so nicht zustimmen. Die FDP-Fraktion näherte sich der Thematik analytisch und bitte daher die Verwaltung um zusätzliche Informationen: z.B. Anzahl der betroffenen Tagespflegepersonen, Anzahl der betreuten Kinder, wie berechnen sich die Mehrkosten von 154.000 €, was verdient eine Tagespflegeperson bei normaler

Auslastung im Verhältnis zu einer angestellten Erzieherin. Auf Basis dieser Faktoren solle das Thema nochmals offen diskutiert werden.

Ratsherr Fliege hält eine Vergleichbarkeit der Arbeitsbeziehungen nicht für gegeben. Die Tagespflegerperson sei selbständig tätig, so dass ihre Einkünfte jeweils abhängig seien von der Auslastung. Er plädiere daher für eine angemessene Vergütung dieser anstrengenden Tätigkeit.

Sodann wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Sachkundige Bürgerin Schumann nahm wegen erklärter Befangenheit weder an Beratung noch Abstimmung teil.

Produkt 060 362 010 Kinder- und Jugendarbeit Seite 413 - 417

a)

Antrag der SPD-Fraktion zu 060 362 010 / 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen / Erhöhung des Ansatzes um 10.000 € im Zusammenhang mit einem Konzept zur Weiterentwicklung der aufsuchenden Jugendarbeit in Meerbusch

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			4
Bündnis 90/Die Grünen	2		
SPD	1		
FDP			1
UWG/Freie Wähler	1		
Personen, die von Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind			
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	2		3
Gesamt:	6		8

Ratsherr Neuhausen erläutert, dass der Antrag in Zusammenhang stehe mit dem Ausbau der mobilen Jugendarbeit. Zur Ergänzung der Tätigkeit des bereits aktiven Jugendsozialarbeiters und vor dem Hintergrund der angekündigten Schließung der OASE in Büderich könne die Einstellung eines weiblichen Pendants die aufsuchende Arbeit positiv voranbringen. Neben der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Sachkosten solle daher ein Empfehlungsbeschluss zum Stellenplan an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ergehen.

Fachbereichsleiter Annacker informiert über die Ankündigung der Kath. Kirchengemeinde, dass der Abriss der OASE nach derzeitiger Planung im 2. Quartal 2022 vorgesehen sei.

Der Antrag auf Bereitstellung der Mittel und Empfehlungsbeschluss zum Stellenplan für eine weitere Stelle im Bereich der mobilen Jugendarbeit wird bei 8 Enthaltungen angenommen.

b)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 362 010 / 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen / Erhöhung des Ansatzes um 12.000 € zur Förderung von Projekten zur demokratischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen für die Dauer von 3 Jahren

c)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 362 010 / 5291 0000 – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen / Erhöhung des Ansatzes um 10.000 € zur Teilnahme am Projekt „Juniorwahlen“ zur Bundestagswahl 2021

Ratsherr Fliege führt aus, dass die Anträge in einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen einfließen, wonach **insgesamt 15.000 €** für die Projekte zur Verfügung gestellt werden sollten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anmerkung der Schriftführerin: Der Betrag in Höhe von 15.000 € wird dem Sachkonto 5318 0000 – Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke - zugeordnet.

Dem Änderungsantrag wird ohne weitere Beratung einvernehmlich entsprochen.

d)

Antrag der SPD-Fraktion zu 060 362 010 / 5318 0000 – Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke / Reduzierung des Ansatzes für die Bereitstellung des Jugendtaxi um 5.000 €

Ratsherr Neuhausen zieht den Antrag zurück.

Produkt 060 363 020 Kinder- und Jugendsozialarbeit, Familienförderung
Seite 427 - 429

Antrag der SPD-Fraktion zu 060 363 020 / 5431 0000 – Geschäftsaufwendungen / Bereitstellung zusätzlicher Mittel in Höhe von 3.000 € zur Bildung eines Jugendbeirates

Ratsherr Neuhausen zieht den Antrag zurück.

Produkt 060 365 010 Kindertagesbetreuung in Einrichtungen Seite 437 - 450

a)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 365 010 - Personalkosten / Erhöhung des Ansatzes um 24.000 € zur Schaffung weiterer Ausbildungsstellen

Ratsherr Fliege führt aus, dass der Antrag auf die zusätzliche **Bereitstellung von 18.000 € zur Schaffung von 2 weiteren Ausbildungsstellen** geändert werde, soweit dies umsetzbar sei. Aufgrund der Stellenplanrelevanz sei ein entsprechender Empfehlungsbeschluss an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zu fassen.

Der Empfehlungsbeschluss an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ergeht einvernehmlich ohne weitere Beratung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 365 010 - Personalkosten / Erhöhung des Ansatzes um 18.000 € zur Verbesserung von Betreuungsangeboten in Randzeiten (Folgejahre jährlich 48.000 €)

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		4	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
SPD	1		
FDP		1	
UWG/Freie Wähler	1		
Personen, die von Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen sind			
Personen, die von den Jugendverbänden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen sind	2	3	
Gesamt:	6	8	

Nach kurzer Diskussion wird im Ergebnis festgestellt, dass mit Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel das Problem des Fachkräftemangels und der Personalgewinnung nicht zu lösen sei. Es sei ohnehin Aufgabe der Verwaltung, entsprechende Konzepte zu entwickeln.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Fliege ergänzt Fachbereichsleiter Annacker, dass die Landesförderung für Randzeitenbetreuung unabhängig von der Trägerschaft erfolge. Aktuell erfülle jedoch keine städtische Einrichtung die Fördervoraussetzungen mit einer Betreuungszeit nach 17 Uhr. Dies sei nicht zufriedenstellend; Ziel müsse eine gute Versorgung mit adäquaten Betreuungsangeboten sein. Die Zusammenarbeit mit dem Tagesmütter e.V. sei hier auf einem guten Weg.

Das Thema soll in der Sitzung am 08.06.2021 erneut beraten werden. Im Ergebnis wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

c)

Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zu 060 365 010 - Bereitstellung von Mitteln zur Ausstattung der städtischen Kindertageseinrichtungen mit Anlagen zum Luftaustausch nach dem „Mainzer Modell“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Im Hinblick auf die ohnehin im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss erfolgende Beratung zu diesem Thema, auch für den Schulbereich, wird der Antrag nach kurzer Diskussion einvernehmlich an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verwiesen.

Abschließend erfolgt bei einer Enthaltung wegen weiteren Beratungsbedarfs die Zustimmung zum Gesamthaushalt FB2/Jugend.

9 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

10 Anfragen

10.1 Anfrage von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aufstiegsbonus Fachkräfteoffensive

Die Beantwortung der Anfrage liegt dem Protokoll bei.

10.2 Anfrage der SPD-Fraktion: Jugendforum

Die Beantwortung der Anfrage liegt dem Protokoll bei.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Die Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

12 Termin der nächsten Sitzung: 03. März 2021

13 Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 2. März 2021

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende

Angela Römmeler-Graf
Schriftführer/in